

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Bergschadensfälle

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, umgehend, spätestens jedoch bis zum 01.12.2016, eine Schlichtungsstelle für Bergschadensfälle einzurichten.
2. Das Ministerium für Wirtschaft wird gebeten, den Wirtschaftsausschuss im III. Quartal 2016 zu informieren, inwieweit die Vorbereitung zur Einrichtung der Schlichtungsstelle vorangeschritten ist.

Begründung:

Die Regulierung von Bergschäden durch aktive und geschlossene Tagebaue sind Belange, die das Bergrecht nicht ausreichend erfasst. Nach dem gültigen Bergrecht stehen Betroffene in Tagebau- und Tagebaurandgebieten bei Schäden an ihren Immobilien, die aus Bergbautätigkeiten resultieren, vor der schwierigen Aufgabe, selbst nachweisen zu müssen, dass es sich um Bergschäden handelt. Diese Nachweise sind mit erheblichen Kosten verbunden, in der Regel stehen den geschädigten Hausbesitzern die erforderlichen Daten der Bodenbeschaffenheit nicht zur Verfügung, Kosten für Gutachter werden gescheut. Wird der Klageweg beschritten, stehen Bergbaubetroffenen oft ungleiche Auseinandersetzungen mit einem großen Konzern bevor.

Verunsichert sind die Betroffenen der Bergbauregionen auch durch immer wieder vorkommende Rutschungen und durch Pressemeldungen (etwa: TAZ vom 23.06.2016) darüber, dass die Risiken mit den Folgekosten nicht ausreichend berücksichtigt sind.

Besondere Beunruhigung in der Bevölkerung ist nun durch den Verkauf des Braunkohlegeschäftes von Vattenfall an den tschechischen Energiekonzern EPH eingetreten.

Mit Beschluss des Landtages 5/7410(ND)-B wurde die Prüfung der Einrichtung einer Schlichtungsstelle für strittige Bergschadensfälle in Auftrag gegeben. In der Folge wurden in Anfragen immer wieder Auskünfte gegeben, dass diese Schlichtungsstelle in Vorbereitung sei, die Finanzierung soll gemeinsam durch das Land Brandenburg und die Bergbauunternehmen erfolgen.

Datum des Eingangs: 05.07.2016 / Ausgegeben: 05.07.2016

Somit ist es erforderlich, den 2013 gefassten Beschluss nun so umzusetzen, dass Bürger der betroffenen Bergbauggebiete einen entsprechenden Schutz durch das Land erfahren.

Péter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe